Pakistan gründet Kommission gegen Blasphemie im Internet

16. März 2017

Islamabad (KNA) Pakistan weitet sein striktes Vorgehen gegen Blasphemie auf die sozialen Netzwerke im Internet aus. Das Parlament des mehrheitlich islamisch-sunnitischen Landes beauftragte einstimmig eine zehnköpfige Kommission, die Verfasser blasphemischer Inhalte im Internet ermitteln soll, wie die Tagezeitung „Dawn“ (Onlineausgabe Mittwoch) berichtete. Der Parlamentsbeschluss beziehe sich ausdrücklich nur auf Blasphemie gegen den Propheten Mohammed. Das Parlament sei mit der Einsetzung der Kommission einer Anordnung von Premierminister Nawaz Sharif gefolgt, den Zugang zu Internetseiten mit blasphemischen Inhalten zu sperren und diejenigen, die solche Inhalte ins Netz stellen, schnellstmöglich zu bestrafen. Das 1988 eingeführte Blasphemiegesetz wird laut internationalen Menschenrechtsorganisationen vornehmlich zur Einschüchterung und Unterdrückung religiöser Minderheiten wie Christen, Hindus und islamischen Sekten eingesetzt. Gotteslästerung kann demnach mit dem Tod bestraft werden. Prominentester Blasphemiefall ist der von Asia Bibi. Die Katholikin war 2010 nach einem Streit mit muslimischen Nachbarinnen um ein Glas Wasser wegen Blasphemie angezeigt und zum Tode verurteilt worden. Sie soll im Lauf der Auseinandersetzung den Propheten Mohammed verunglimpft haben. Im Oktober 2016 war zum zweiten Mal in Folge die Berufsverhandlung gegen das Todesurteil vor dem obersten Gericht Pakistans vertagt worden. Kritiker des Blasphemiegesetzes leben gefährlich. Anfang 2011 wurden der Gouverneur der Provinz Punjab, Salaman Taseer, und Shahbaz Bhatti, damals der einzige christliche Minister in der pakistanischen Regierung, von radikalen Muslimen erschossen. Beide hatten sich auch für die Freilassung von Asia Bibi eingesetzt.

(KNA – rknlp-89-00102)

Stand: 27. November 2026